



Beschluss

TOP I.9

Projektvorschlag der Justiz für den Aktionsplan Deutschland-Online: Einheitliche Kommunikationsinfrastruktur für den elektronischen Rechtsverkehr

Berichterstattung: Baden-Württemberg

1. Die Konferenz der Justizministerinnen und -minister nimmt die Anregung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz, ein Projekt zum Aufbau einer einheitlichen Kommunikationsinfrastruktur für den elektronischen Rechtsverkehr für die Aufnahme in den Aktionsplan zur Initiative Deutschland-Online vorzuschlagen, zur Kenntnis.
2. Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister schlägt vor, das Projekt „Einheitliche Kommunikationsinfrastruktur für den elektronischen Rechtsverkehr“ in den Aktionsplan aufzunehmen.
3. Für die Kooperation mit dem Arbeitskreis eGovernment der Staatssekretäre wird Herr Ministerialdirektor Michael Steindorfner, Justizministerium Baden-Württemberg, als Ansprechpartner benannt.